

Dietrich von Kyaw

Replik

Herr Staatspräsident, Professor Pernice,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, Herr Staatspräsident, zu Ihren Ausführungen die bei solchen Anlässen übliche Replik vortragen zu dürfen. Wir begrüßen in Ihnen den angesehenen Repräsentanten eines uns über die Geschichte hinweg in guten wie schlechten Zeiten eng verbundenen befreundeten Landes und Volkes! Wir haben auch einiges gemeinsam ... 1989/90 waren auch wir das, was Ihrem Land zugeschrieben wird, nämlich „Sieger in der Niederlage“, und das nicht zuletzt deswegen, weil wir aus der Vergangenheit gelernt hatten!

Sie haben zu uns gesprochen im Namen eines Partners, der sich anschickt, Vollmitglied der Europäischen Union zu werden. Ihren Ausführungen – den Darlegungen eines ungarischen Europäers – konnten wir entnehmen, dass Ungarn nicht nur aus ökonomischen und strategischen Gründen in die EU strebt, sondern auch, weil diese Union sich als Wertegemeinschaft versteht, als eine supranationale Organisation, unter deren Dach die Völker unseres leidgeprüften Kontinents gemeinsam zu Frieden in Einheit, zu gefestigter Demokratie, zu Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit finden.

Ursprüngliches Ziel des europäischen Einigungsprozesses war vor allem die deutsch-französische Aussöhnung und dies über eine unauflösliche Verflechtung wechselseitiger Interessen durch Integration. Diese positive Erfahrung der Konfliktbewältigung gilt es heute auf Mittel- und Osteuropa zu übertragen. Die bösen Geister der Vergangenheit einschließlich ethnischer Spannungen, wie wir sie immer noch vor allem, aber nicht nur auf dem

Balkan erleben, müssen wir endgültig hinter uns lassen, müssen allseits lernen mit Minderheiten und deren Schutz sensibel umzugehen, Konflikte gemeinsam präventiv zu bewältigen, indem wir uns an der Zukunft orientieren und mit Hilfe des Integrationsprozesses gemeinsam an unserem Haus Europa und damit zugleich an der von Ihnen angesprochenen „Minderheitenkultur“ bauen!

Meine Gedanken gehen heute zurück zum Jahr 1956! Damals studierte ich Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Bonn und bereitete mich auf mein erstes Staatsexamen vor. Ich konnte mich zu jener Zeit wegen der Ereignisse in Ungarn kaum konzentrieren und hörte immer wieder die Radiosendungen aus dem umkämpften Budapest. Ich erinnere mich noch ganz genau, wie die Emotion mich übermannte, als uns die – vergeblichen – Hilferufe über den Äther erreichten!

Es war ein unendlich schmerzlicher Moment und ich fand mich in ohnmächtigem Zorn mit den Fäusten gegen die Wand meines Studentenzimmers trommelnd! Ich habe mir damals geschworen, diesen ungarischen Opfergang nie zu vergessen und ich habe mich während meiner beruflichen Laufbahn daran immer wieder erinnert, mich in meiner Arbeit motivieren lassen und das über 33 sehr lange Jahre hinweg, bis uns alle ein weiteres emotionales Ereignis packte, als wiederum Ungarn 1989 als erstes Ostblockland die freie Ausreise von DDR-Flüchtlingen ermöglichte!

Als Ständiger Vertreter meines Landes bei der EU hatte ich die Genugtuung, die Beitrittsverhandlungen der Union gerade mit Ungarn mit zu befördern und ganz konkret zu betreiben. Bei diesen Verhandlungen geht es um die Zusammenführung unserer Staaten und Völker unter dem gemeinsamen Dach der Europäischen Union, um die endgültige Überwindung der Teilung unseres Kontinents, um seine Stabilität und seine Fähigkeit, die gemeinsamen Interessen in der globalen Wirtschaft angemessen zu wahren. Für mich geht es zugleich durchaus auch um einen ausgleichenden Akt der Gerechtigkeit gegenüber dem tapferen ungarischen Volk, das seit 1945 so viel erdulden musste.

Herr Staatspräsident!

Es ist für uns höchst befriedigend, durch Ihre heutigen Ausführungen bestätigt zu bekommen, dass Ungarn entschlossen ist, als Neumitglied seinen vollen Beitrag zur positiven Fortentwicklung unserer Union zu leisten. Auch diese nämlich befindet sich mitten in einem schwierigen Reformprozess!

Wir wollen und müssen manche unserer Politiken, etwa die Agrarpolitik bei den Direktsubventionen, vor allem aber unsere Institutionen reformieren. Die Union muss nicht nur ihre so genannte Osterweiterung ohne Verlust an innerem Zusammenhalt und an Handlungseffizienz verkraften können, sondern auch die transnationalen Herausforderungen in der globalen Wirtschaft wie beim Kampf gegen Umweltschäden, internationale Kriminalität, Drogenhandel und vor allem den Terrorismus erfolgreich bestehen.

Sie, Herr Staatspräsident, haben in diesem Zusammenhang auf die destabilisierenden Entwicklungen in Ihrer Nachbarschaft, nämlich auf dem Balkan, hingewiesen. Diese Beobachtung trifft darüber hinaus für den Mittelmeerraum, insbesondere für den Nahen Osten zu. Und die Pflege unserer Beziehungen zu den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion mit deren riesigen Entwicklungsproblemen fordert uns alle gleichfalls heraus.

Alle diese Fragen lassen sich heute nicht mehr allein mit nationalstaatlichen Mitteln lösen. Wir sind vielmehr auf das solidarische Verhalten der EU-Mitgliedstaaten über gemeinsame Politiken einschließlich eines den freien Wettbewerb sichernden EU-Binnenmarktes angewiesen, auf wirksam handelnde europäische Institutionen, insbesondere auf eine starke, das Gemeinschaftsinteresse zur Geltung bringende EU-Kommission mit einem gewählten Präsidenten, auf ein Europäisches Parlament, das im gesetzgeberischen wie im Haushaltsbereich umfassend die demokratische Legitimität europäischen Handelns gewährleistet sowie auf einen Ministerrat, der als oberstes Entscheidungsorgan und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips mit Hilfe generell

anwendbarer qualifizierter Mehrheitsentscheidungen diejenigen Probleme wirksam löst, welche den Nationalstaat in unserer Zeit überfordern.

Unsere Union braucht nicht nur mehr Bürgernähe, mehr Demokratie, mehr „Vereinfachung“ über die von Ihnen angesprochene Aufteilung der Verträge in einen grundsätzlichen und einen mehr operativen Teil, sondern zugleich auch eine verstärkte Funktionsfähigkeit. Denn der Bürger erwartet vor allem, dass seine Probleme gelöst werden und es ist ihm recht gleichgültig, ob dies in der nationalen Hauptstadt oder in Brüssel geschieht, solange es überhaupt erfolgt! In der Frage einer europäischen Verfassung mit Kompetenzordnung haben Sie, Herr Staatspräsident, zu Recht auf die Notwendigkeit flexibler, die Dynamik des Einigungsprozesses nicht gefährdende Regelungen hingewiesen! Dies ist ein wichtiger Aspekt, den man nicht ungestraft übersehen kann!

Die Kandidaten und unter ihnen auch Ungarn stehen im Zusammenhang mit ihren Beitritten vor großen Herausforderungen. Sie müssen die Umwandlung ihrer Volkswirtschaften vollenden und sie haben den umfangreichen gesetzlichen Besitzstand der Union, ihren „acquis“, zu inkorporieren und vor allem auch anzuwenden, was einen entsprechenden administrativen wie justiziellen Unterbau erfordert. Auf diesem weiterhin schwierigen Weg haben die Neumitglieder Anspruch auf die Solidarität der Union, auf Unterstützung bei der Überwindung des zu ihnen weiterhin bestehenden erheblichen Entwicklungsgefälles. Sie, Herr Staatspräsident, haben dies mit den Begriffen „Entwicklungsgemeinschaft“ und „Europäisches Teilen“ angesprochen!

Wenn ich mir die beachtlichen Resultate bei der Transformation der ungarischen Wirtschaft, bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und die großen Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen Ungarns vor Augen führe und wenn ich zugleich berücksichtige, was Sie, Herr Staatspräsident, uns heute zur europäischen Ausrichtung Ihres demokratisch verfassten Landes vorgetragen haben, dann ist mir nicht bange ob unserer gemeinsamen europä-

ischen Zukunft – gemeinsam mit den anderen Kandidaten – mit denen wir zur Zeit verhandeln!

Als deutscher Europäer danke ich Ihnen, Herr Staatspräsident, dem ungarischen Europäer, für Ihre richtungweisenden Ausführungen! Selbst ein Gründungsmitglied wie Deutschland benötigt in seinem Europäertum inzwischen der Inspiration, der Erinnerung an die grundlegenden Bestimmungen der Römischen Verträge wie der von Ihnen gleichfalls unterstrichenen Bedeutung der das europäische Recht auslegenden Rolle des Europäischen Gerichtshofes! Mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union wird die Republik Ungarn endgültig in Europa angekommen sein – zu ihrem und unser aller Vorteil! In der vor uns liegenden kritischen Endphase der Beitrittsverhandlungen kann Ungarn sich weiterhin auf die Solidarität Deutschlands verlassen!